

# Stenographisches Protokoll.

## 56. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

### II. Gesetzgebungsperiode.

Freitag, 5. September 1924.

#### Inhalt.

**Verhandlungen:** 1. Bericht des Sonderausschusses zur Vorberatung des Zolltarifs über die Regierungsvorlage (B. 113), betr. die Einführung eines neuen Zolltarifs (B. 195) — Spezialdebatte über die 6. Gruppe — Berichterstatter Heisl (1587 u. 1594), Strunz (1587), Klimann (1592) — Abstimmung (1594) — Spezialdebatte über die 7. Gruppe — Berichterstatter Heisl (1594) — Abstimmung (1594) — Spezialdebatte über die 8. Gruppe — Berichterstatter Heisl (1594) — Abstimmung — 3. Lesung (1594);

2. Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe über die Regierungsvorlage (B. 172), betr. das Bundesverfassungs-gesetz über die Regelung der Handels- und Verkehrsbeziehungen mit auswärtigen Staaten (B. 197) — Berichterstatter Streeruwitz (1594 u. 1595), Dr. Ellenbogen (1595) — 2. u. 3. Lesung (1595).

Eingebracht wurde:

**Anfrage:** Johann Gürtler, Scharfegger: Bundesregierung wegen der bei den ungerechtfertigten Brotpreiserhöhungen zutage getretenen Erscheinungen (119/I).

Präsident **Miklas** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Min. vorm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 3. September für genehmigt.

Es wird in die L. D. eingegangen, das ist die Fortsetzung der Spezialdebatte über das Zolltarif-gesetz (B. 195). Zur Verhandlung gelangt die 6. Gruppe, Tariffklassen XXXIV bis XL.

**Berichterstatter Heisl:** Hohes Haus! In der Tariffklasse XXXIV ist eine wesentliche Änderung gegenüber der Regierungsvorlage vom Ausschuss dadurch geschaffen worden, daß Roheisen, das nach dem Regierungsantrag mit 50 Goldheller eingesezt war, freigemacht wurde.

An sonstigen Änderungen ist zu verzeichnen, daß die Position 367 von 1 Goldkrone auf 80 Goldheller herabgesezt wurde und die Position 368 a von 3 K auf 2 K 50 h und b von 10 auf 8 Goldkronen. Dementsprechend wurden auch die Positionen unter 371 abgeändert.

Bei der Position 377 wurde eine Begünstigung jener Rohrleitungen vorgesehen, die für unsere Großwasserkraftwerke bestimmt sind. Sonstige Änderungen sind in dieser Tariffklasse mit Ausnahme der Position 409 nicht zu verzeichnen.

Was die Tariffklasse XXXVI anbelangt, so ist hier bei der Position 436 eine neue Abteilung geschaffen worden: b Destillierapparate usw. aus

Aluminium, welche mit einem Zollsatz von 80 Goldkronen versehen worden sind. Bei Position 441 sind entsprechende Erhöhungen vorgenommen worden, und zwar in Abteilung c von 24 auf 26, von 30 auf 35, von 36 auf 40 und von 40 auf 45.

Die Tariffklasse XXXVII hat einzelne Erweiterungen erhalten, indem in Position 444 unter c Röntgen- und elektromedizinische Apparate und Hilfsgeräte neu hineingenommen wurden, und zwar mit einem Zollsatz von 100, 120 und 150 Goldkronen. In der Position 453 ist ebenfalls eine Begünstigung für unsere Großelektrizitätswerke, indem Hochspannungsisolatoren freigemacht, beziehungsweise durch eine Anmerkung festgelegt wurde, daß an Hochspannungsisolatoren angebrachte Eisen- oder Metallteile nicht als Armaturen gelten. Sonst sind keinerlei Änderungen zu verzeichnen.

Ich möchte noch darauf verweisen, daß es bei der Position 489 zweckmäßig wäre, auch Armbanduhr-uhren expressis verbis in die Tarifposition 489 aufzunehmen. Soviel mir bekannt ist, wird ein diesbezüglicher Antrag im Laufe der Debatte gestellt werden.

Ich bitte um Annahme der von mir gestellten Anträge.

Ein genügend unterstützter Antrag Dr. Weidenhoffer, die Anmerkung zu Position 377 habe zu lauten: „Geschweißte Rohre mit einer Wandstärke von 16 Millimeter und darüber für öffentliche Wasserkraftwerke — frei“ wird zur Verhandlung gestellt.

**Strunz:** Hohes Haus! Wir haben jetzt das Kapitel der Eisenwaren zu behandeln. Wir sind uns voll bewußt, daß alle Kritik, die wir auch gegenüber den hier festgelegten Zöllen zum Ausdruck bringen, ebensowenig Gehör finden werden, als dies bei den übrigen Zöllen auf Lebensmittel, auf Textilien usw. der Fall war. Aber dessemungeachtet fühlen wir uns verpflichtet, zum Ausdruck zu bringen, daß dem Herrn Handelsminister, der sich gestern zur Erklärung verstiegen hat, daß das gesamte Volk oder die Mehrheit des Volkes die Erledigung dieses Zolltarifs ersehne, wahrscheinlich ein kleiner Irrtum unterlaufen ist. Denn wir müssen sagen, daß nicht das ganze Volk an diesem Zolltarif interessiert ist, sondern interessiert sind vor allem die Industrie, die diesen Zolltarif diktiert hat, und ihre Partner, die Agrarier, die mit diesem



Zolltarif wirklich ein gutes Geschäft machen. Der Herr Handelsminister hat es leicht gehabt; er hat zum Ausdruck gebracht, daß das Volk und die Volksgenossen den Zolltarif ersehnen. Ich meine, die Täuschung liegt darin, daß er vielleicht die Mehrheit seiner Volksgenossen gemeint hat, die seine Partei in dieses Parlament gesendet haben. Aber ich glaube, auch in diesen Kreisen wird es viele geben, die das Verhalten der großdeutschen Partei nicht begreifen werden, daß sie in der Zeit der ärgsten Not daran geht, durch einen Zolltarif in diesem Ausmaße die Lebensexistenz der Arbeiter so zu erschweren. Und da müssen wir schon sagen: Wenn der Herr Handelsminister den Mut hat, zu behaupten, daß es auch Betriebsräte und Arbeiterkammervertreter gewesen sind (*Zwischenrufe*), die bei ihm vorgesprochen haben, weil auch das Interesse der Arbeiterklasse an diesem Zolltarif hängt, dann müssen wir auch kundtun, unter welchen Voraussetzungen man in vielen Fällen — ich will nicht sagen in allen Fällen — diese Betriebsräte mißbraucht hat, welchen Terror die Unternehmer ausgeübt haben, damit sich die Betriebsräte zu diesem Schritte entschlossen haben. Ich erinnere Sie an die Methoden der Alpinen Montangesellschaft (*Sehr richtig!*), ich erinnere Sie an die verschiedenen Einwirkungen der Automobilindustrie, der Glasindustrie und so fort, die drohten, daß mit der Sperre der Betriebe vorgegangen werden muß, und die den Arbeitern gesagt haben, wenn Ihr, Betriebsräte, Euch nicht zu einer Intervention entschließt, müssen wir die Arbeiter entlassen, müssen wir die Betriebe sperren. Gegen diesen Zolltarif, hat man erklärt, sind nur die Sozialdemokraten, nur diese wollen ihn verhindern. Darum stelle ich fest, daß es nicht richtig ist, was der Herr Handelsminister zum Ausdruck gebracht hat, indem er sagte, daß die Mehrheit des Volkes diesen Zolltarif will. Was verlangt wurde, war nur ein Zollschutz der bedrängten Industrie, soweit er gerechtfertigt erschienen ist.

Auch, was die Eisenzölle betrifft, finden wir hier Zollsätze — der Herr Berichterstatter hat die Freundlichkeit gehabt zu sagen, daß eine kleine Milderung eingetreten ist —, die voll und ganz dem Begehren der Unternehmerschaft entsprechen, trotz unserer Bedenken, die wir geäußert haben. Wer in der Lage war, an dieser Eisenenquete teilzunehmen und dort zu sehen, welche Methoden der Kapitalismus anwendet, mit welchen Mitteln man in Österreich moderne Industriepolitik betreibt, der muß sagen, daß hier so manches in der Wirtschaftspolitik nicht gemacht wird, was im Interesse dieses Staates notwendig wäre. Ich kann da wieder nur hinweisen auf die Methoden der Alpinen Montangesellschaft und des berühmten Eisenkartells, das in versteckter Form auch heute besteht. Und ich kann

da ganz ruhig sagen: Wir haben Ihnen als Sozialdemokraten den Beweis erbracht, daß es nicht wahr ist, daß wir Sie in der Zollpolitik stören, die nach Ihrer Ideologie diesen Staat retten soll, die unsere Wirtschaft, unser Gewerbe retten soll, wir haben Ihnen die Möglichkeit gegeben, nach dem Mehrheitsprinzip zu beschließen und wir lehnen auch für diese Zollsätze, die nicht geeignet sind, unsere Industrie zu heben, die Verantwortung ab.

Aber es muß noch etwas anderes bemerkt werden. Die Herren, die für diese Industrieszölle sich eingesetzt haben und besonders die Vertreter der Industrie, die Herren Streeruwitz und Reiner, haben auf unsere Bemerkungen, wie es denn dann mit der Entlohnung der Arbeiter ausschauen wird, nach dieser Verteuerung durch die Agrarzölle und nach der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, die der Arbeiter, um seine Existenz zu wahren, befriedigen muß, immer gesagt, das muß die Industrie aus diesen Zöllen ertragen können. Das ist indirekt zugestanden worden. Wie liegen aber die Verhältnisse? Wenn wir als Arbeiterklasse zu den Lohnverhandlungen gekommen sind, hat man davon nichts wissen wollen. Auch die öffentliche Meinung hat immer ausgedrückt, warum denn das Geschrei wegen des Zolltarifs, wegen dieser Erhöhungen. Es werden ja die Arbeiter bei den Lohnverhandlungen ihre Löhne schon ausgleichen und ein Finger christliches Blatt hat sich sogar dazu verstiegen, zu behaupten, es bestiehe ohnedies noch der Index, der automatisch die Löhne regelt. Wer hat denn den Index abgeschafft? Wer erschwert die Lohnverhandlungen? Die Industriellen durch ihre Scharfmacherei, durch ihre Profitgier, mit der sie nicht erkennen wollen, daß der Arbeiter nur dann intensiv tätig sein kann, wenn er ein sorgenfreies Leben führt. Wir müssen aber sehen, daß die Herren Industriellen von den durch die Teuerung notwendig gewordenen Lohnangleichungen nichts wissen wollen. In einer Zeit, wo sich durch Ihre Sanierungspolitik, durch die Genferei, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft verschlechtert hat — abgesehen von der Einwirkung dieses Zolltarifs —, glauben die Unternehmer, daß der Augenblick gekommen ist, den Arbeitern die Lebenshaltung noch tiefer herunterzudrücken. Das ist ein verantwortungsloses Vorgehen. Die Unternehmer der Metallindustrie haben das Verlangen der Arbeiterschaft nach einer Angleichung der Löhne ablehnend beantwortet. Sie haben sich aber nicht mit dieser Ablehnung begnügt, sondern die Arbeiter noch herausgefordert, indem sie den Mut aufbrachten, eine Verlängerung der Arbeitszeit und die Abschaffung des gesetzlichen Zuschlages für die Überstunden zu verlangen, in einer Zeit, wo die ganze Welt zu der Erkenntnis von der unumstößlichen Notwendigkeit des Achtstundentages gekommen ist. Mehr Arbeit sollen die



Arbeiter leisten, dann werde die Industrie imstande sein, ihnen eine ausgleichende Lohnerhöhung zu geben. Wir können hier ganz ruhig erklären: Wenn die Herren glauben, daß sie mit solchen Mitteln die Arbeiterschaft beruhigen und der Wirtschaft dienen können, dann täuschen sie sich, dann sind sie auf dem Holzweg. Sie werden zur Erkenntnis kommen, daß das, was sie gemacht haben, nicht im Interesse, sondern zum Schaden der Volkswirtschaft war. Was haben denn die Metallarbeiter verlangt? Eine bescheidene Erhöhung von 15 Prozent. Nach den Feststellungen der paritätischen Indexkommission hat sich vor einem Jahre der Wochenbedarf eines einzelnen Menschen zwischen 135.000 und 141.000 K bewegt. Heute ist der Betrag, den ein Mensch zum Leben braucht, auf 173.000 bis 180.000 K gestiegen, das ist um 25 bis 30 Prozent! Die Arbeiterschaft verlangt aber nur eine bescheidene, eine überbescheidene Ausgleichung. Man muß staunen über die Maßlosigkeit und Verantwortungslosigkeit, mit der die Unternehmer ihre Antwort erteilt haben. Der Herr Abg. Reiner hat einen Zwischenruf über den Minimallohn gemacht. Heute verdient der Metallarbeiter einen Durchschnittslohn von 340.000 K, im Afford 400.000 K in der Woche, der Hilfsarbeiter 107.000 K. Ist das ein Verdienst, ist das eine Existenz für den Arbeiter? (Reiner: Der Akkordlohn ist nicht richtig!) Wenn der Hilfsarbeiter im Afford ein paar Kronen mehr verdient, so macht das im strengsten Fall 20 bis 25 Prozent aus. Wir haben diese Ziffern geprüft. Die Herren Industriellen belieben immer auf die Ausnahmen zu verweisen. Es mag ja auch in der Metallindustrie einzelne Arbeiter geben, die vielleicht 500.000 und 600.000 K verdienen. Aber dieser einzelnen — Herr Abg. Reiner, nehmen Sie das zur Kenntnis — gibt es in der Metallindustrie nicht einmal 5 Prozent, die über das Niveau von 400.000 K hinauskommen. Wenn die Herren die Verantwortung für die Beschlußfassung des Zolltarifs übernommen haben, wie es ihrem Pakte zwischen Agrariern und Industriellen entspricht, so hätten sie, die hier in diesem Hause die Industrie vertreten, doch nicht erklären dürfen, wie es zum Ausdruck gekommen ist, daß sie von allen diesen Dingen nichts wissen, daß dies eine Angelegenheit des Hauptverbandes sei, sondern sie hätten auch an der Stelle, die sie hieher ins Parlament entsendet hat, betonen müssen, daß man naturgemäß, wenn auf der einen Seite die Lebenshaltung verteuert wird, nicht auf der anderen Seite durch schroffe Ablehnungen, wie es in der letzten Zeit geschehen ist, Kämpfe heraufbeschwören darf, die für die österreichische Volkswirtschaft von unermäßigem Schaden sein können. Es kann dem Staate nicht gleichgültig sein, ob 150.000 Metallarbeiter die Hände ruhen lassen oder im Interesse des Staates

und der Volkswirtschaft arbeiten und schaffen. Darum muß ich erklären, daß die schroffe Form der Ablehnung seitens der Unternehmer nur auf den Haß derselben zurückzuführen ist, der sie gegen alles beseelt, was die Arbeiterklasse sich in diesem Staate innerhalb der letzten vier Jahre seit Errichtung der Republik errungen hat. Wenn wir dazu die Denkschrift vergleichen, die die Industriellen dem Völkerbunde überreicht haben, so können wir, wenn wir die einzelnen Phasen verfolgen, sehen, mit welcher Bescheidenheit in derselben von den besonderen Belastungen der Industrie durch den Steuerdruck gesprochen wird. Diese ganze Denkschrift an den Völkerbund ist ausgefüllt von dem borniertesten Haß, den nur Menschen haben können; alles das, was dazu angetan wäre, die Menschen zu heben, Kultur- und soziale Einrichtungen zu schaffen, wird in einer Art und Weise heruntergesetzt, daß man über einen solchen Mut der Unternehmer nur staunen kann. Es wird in dieser Denkschrift auf die Belastungen seitens der Länder und Gemeinden, auf die Fürsorgeabgabe und die verschiedenen anderen Abgaben hingewiesen, die die Länder und Gemeinden zur Erhaltung ihrer sozialen Einrichtungen brauchen, weil das Elend nach dem Kriege nicht verschwunden, sondern noch größer geworden ist. Die Industriellen denunzieren in dieser Denkschrift an den Völkerbund manche Gemeinden in der niedrigsten Form; sie erzählen zum Beispiel von der Gemeinde Bruck an der Mur oder besonders von der Gemeinde Rapsenberg, daß sie 2½ Millionen Kronen für Kinderhorte ausgegeben hat und 20 Millionen Kronen zur Förderung der kulturellen Bestrebungen, die der Verein „Naturfreunde“ als sein Programm sich gesetzt hat. Es wird niemand da sein, der objektiv zu prüfen vermag, was gerade die Arbeitersportbewegung und insbesondere die „Naturfreunde“ auf dem Gebiete der Arbeitsintensität geleistet haben. Sie beklagen sich, meine Herren, immer über die Auswüchse des Alkoholismus sowie darüber, daß der Arbeiter nicht genügend intelligent ist und sein Vergnügen in dumpfen Gasthäusern und Spelunken finde. Die „Naturfreunde“ bestehen seit 30 Jahren, sie zählen heute schon 80.000 Mitglieder und haben es sich zur Aufgabe gemacht, den Arbeiter in seiner freien Zeit am Samstag nachmittag und am Sonntag in die freie Natur hinauszuführen; sie lehren ihn erkennen, was die Natur ihm für Schätze bietet. Und was sagen die Industriellen, die aus diesen Bestrebungen nur Nutzen ziehen können, die insbesondere aus der hohen geistigen Entwicklung ihrer Arbeiter großen Nutzen ziehen können, für die denkende Arbeiter von großem Wert sind? Gerade Sie müssen es sein, die diese Emunziation in dieser niederen Form an den Völkerbund geleitet haben! Wenn man so etwas liest, wenn man sehen muß, daß man zu



so etwas den Mut findet, dann muß man vor allem staunen über die Unverständigkeit, mit der das österreichische Unternehmertum scheinbar in seiner großen Mehrheit belastet ist. Ich gebe zu, daß es einzelne Unternehmer geben mag, die nicht so rückständig sind, sondern die das anerkennen, wie es auch beim Abg. Reiner zutreffen mag, der erklärt hat: „Ja, ich bin nicht gefragt worden!“ Dann muß eben diese Denkschrift nur das Machwerk ihrer Sekretäre darstellen . . . (*Heinl: Oh, diese Sekretäre! Sie sind schlechter als die Unternehmer!*) . . ., die vielleicht aus gewisser Dienerei dem Kapitalismus zuliebe, sich in dieser Art verstriegen haben. Hier klappt eben ein großer Widerspruch. Der Herr Abg. Dr. Weidenhoffer sitzt ja da und wir wissen, daß bei den vielen Verhandlungen die Herren Unternehmer — seien sie nun von Oberösterreich, Wien oder Steiermark — immer erklären, sie seien an der geistigen Entwicklung der Arbeiterklasse interessiert. Ist es aber dann nicht infam — wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf —, wenn man in dieser Denkschrift darauf hinweist, daß auch für Erbauung und Einrichtung von Schulen, beziehungsweise Schulklassen, ferner für die Aufwendung für sonstige Schulzwecke von der Gemeinde Bruck soundso viele Millionen verwendet werden, wenn man darauf hinweist, daß das nicht unbedingt notwendig gewesen wäre, da man ja die Klassen hätte zusammenlegen können oder die Kinder — wie das bei uns, in meinem lieben Land Oberösterreich oft der Fall ist — 3 bis 4 Stunden weit . . . (*Widerspruch des Abg. Hauser.*) Der Herr Landeshauptmann bestreitet das . . . (*Hauser: Wo ist denn das?*) Herr Landeshauptmann, wollen Sie die Freundlichkeit haben und sich nach Dürnberg bemühen auf dem hintern Rücken — es ist das der Wahlkreis, in dem mein Freund Wigner und ich gewählt worden sind —, dann wird Ihnen die Bauernschaft dort mitteilen, daß die Kinder bis Ottensheim in die Schule gehen müssen. (*Hauser: Wie weit ist das?*) 3 bis 4 Stunden Weges. (*Zwischenrufe Hauser.*) Herr Landeshauptmann, wenn Sie zweifeln, so möchte ich Sie einladen, machen wir einmal zusammen den Spaziergang . . . (*Hauser: Das ist für mich zu weit! — Heiterkeit.*) . . . und ich bin überzeugt, daß Sie nicht imstande sein werden, mir folgen zu können.

Ich wollte also gekennzeichnet haben, wie sich gerade durch diese Form die Unternehmer demaskiert und zu erkennen gegeben haben, wie sie über die arbeitspolitische Gesetzgebung denken. Da nützt es nichts, wenn der Herr Abg. Reiner in seinen Ausführungen bei der Zolldebatte erklärt hat: Es ist ja gar nicht wahr, daß die Unternehmer Gegner des Achtfundentages sind, wir haben ja in das Zollgesetz auf Grund Ihrer Anregung eine sozialpolitische Klausel aufgenommen, die eine gewisse Bürgschaft darstellt, daß bei jenen Artikeln, die im

Ausland bei einer Arbeitszeit von 48 Stunden pro Woche erzeugt werden, der Hauptausschuß im Eisenvernehmen usw. eine Erhöhung des Zollsatzes platzgreifen lassen kann. Das erklärt uns der Herr Abg. Reiner. Wir wollen an seinen Erklärungen nicht zweifeln, wenn man aber damit die Denkschrift vergleicht, wenn man damit vergleicht, was die Unternehmer sagen, dann muß einem scheinen, daß zwischen diesen Herren nicht die nötige Übereinstimmung bestand, die es verhindert hätte, daß sie in einen solchen Widerspruch geraten. Aber das wäre ja nicht das Gefährlichste, wir beschließen ja hier im Parlament. Und wenn ich nun auf den Achtstundentag zu sprechen komme, so möchte ich bemerken, daß vor allem in England die Regierung einen Gesetzentwurf über die Ratifizierung des achtstündigen Arbeitstages vorbereitet; in Frankreich hat der Arbeitsminister Godard bei der Konferenz im Genfer Arbeitsstatistischen Amt die Erklärung abgegeben, daß auch die französische Regierung vom Achtstundentag nicht abgehen will. In der letzten Zeit hat auch Deutschland durch seinen Arbeitsminister Braun erklärt, daß die Bestimmungen über die Ausnahmen von der achtstündigen Arbeitszeit nur eine vorübergehende Erscheinung und nur durch die Not geboten sind, daß diese Not in kürzester Zeit behoben sein wird und daß auch Deutschland nicht abgeneigt ist, das Abkommen über den Achtstundentag zu ratifizieren.

Wenn wir das alles sehen, dann begreifen wir umfoweniger die Stellungnahme der Unternehmerschaft und besonders der Metallindustriellen Wiens, die sich jetzt zur Forderung nach Aufhebung der achtstündigen Arbeitszeit außerordentlich fühlen. Wir hatten eine Zeit, wo namentlich die steirischen Industriellen sich als Scharfmacher hervortaten, wo es insbesondere die großen Werke der Alpinen Montangesellschaft waren, die bei jeder Lohn- und Vertragsbewegung erklärten: Lohnerhöhungen gibt es nur bei einer Verlängerung der Arbeitszeit, soweit sie möglich sein kann. Wir müssen Ihnen hier ruhig erklären: Wenn die Industriellen glauben sollten, daß die Arbeiterschaft imstande ist, die Belastung ihrer Lebenshaltung, die schon durch die jetzige Preissteigerung eingetreten ist und die auch noch als Wirkung dieser Zölle zu erwarten ist, zu erragen, dann können Sie versichert sein, daß die Metallarbeiterschaft und mit ihr die ganze Arbeiterschaft des Bundesgebietes energisch und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln diesen Angriff der Unternehmer auf den Achtstundentag abwehren werden. Das nehmen Sie zur Kenntnis. Der Achtstundentag ist für uns nicht nur eine prinzipielle Frage, sondern er ist für uns die Voraussetzung für die Hebung der Arbeiterklasse. Er ist eine Notwendigkeit, damit der Arbeiter imstande ist, von seinem Dasein auf dieser Erde auch einen Genuß



zu haben. Sie aber wollen uns das nicht vergönnen, obwohl die Herren noch nie in der Lage waren, das Elend einer Arbeiterfamilie mitzumachen. Sie müssen nur einmal einen einzigen Monat das Leben eines Arbeiters führen, dann werden Sie eine andere Überzeugung haben. Lieber die Hölle, hat mir so mancher Unternehmer erklärt, als sich in das Dasein eines Arbeiters in einer solchen Arbeiterwohnung, die aus einer Kammer oder einem Zimmer oder einer Küche besteht, hineinzufinden, wo er frühmorgens, wenn er zur Arbeit geht, den Kummer und das Elend sieht, und wenn er abends nach Hause kommt, dasselbe Elend und denselben Kummer wiederfindet.

Sie haben in der Besinnungslosigkeit, in die die Mehrheit des Hauses verfallen ist, diese Zölle beschlossen und haben durch die geradezu maßlosen Zölle, die Sie gerade auf die Agrarprodukte gelegt haben, den Arbeitern das Leben sehr verteuert. Wir wissen aus der Vergangenheit, daß alle Zolltarife stets von einer Steigerung der Lebensmittelpreise begleitet waren. Aber obwohl Sie das alles wissen, obwohl Sie die Erschwerung der Lebenshaltung des Arbeiters voraussehen, kommen Sie auf der anderen Seite und muten dem Arbeiter zu, er soll länger arbeiten. Ist es nicht traurig, daß ein Arbeiter hier auftritt und Ihnen, der Intelligenz, der Vertretung der Bourgeoisie auseinandersetzen muß, daß man mit ausgemergelten Arbeitern nicht zu produzieren vermag, daß man von ihnen keine höhere Arbeitsintensität und Arbeitsleistung verlangen kann? Die Herren auf Ihrer Seite, die dem Bauernstande angehören, wissen genau, daß sie, wenn sie ein Stück Vieh als Zugvieh verwenden wollen und es seinen Zweck erfüllen soll, dieses Vieh nicht nur schonen, sondern auch gut füttern müssen, damit es bei Kräften bleibt. Der Arbeiter verlangt aber nicht nur die Lösung der Magenfrage, er muß auch in der Lage sein, seine kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen. Sein Seelenleben muß gehoben werden, denn mit dem Trost, wie es unser Herr Bundeskanzler immer zu machen glaubt, werden Sie das Geistes- und Seelenleben der Arbeiter nicht heben.

Sie werden die Arbeitsleistung gewiß nicht dadurch intensivieren, daß Sie das Existenzminimum der Arbeiterschaft erniedrigen. Wir haben zwar eine Intensivierung der Arbeit nötig, wir hätten aber auch eine Intensivierung des Denkens der besitzenden Klassen nötig und besonders der Unternehmer. Die österreichischen Unternehmer haben noch nicht gelernt, daß die Zeit, in der sie auf dem Herrenstandpunkt stehen könnten, vorbei ist. Ihr ablehnendes Verhalten gegenüber den Forderungen der Metallarbeiter zeigt uns deutlich, daß sie wieder in die Methoden verfallen wollen, die in der Vergangenheit üblich waren, den Arbeiter als Paria zu betrachten, als ein bloßes Werkzeug, das man nützen mag, wie

man es eben kann. Wir sehen dies am deutlichsten bei den Arbeiterentlassungen der jüngsten Zeit. Da zeigt sich keine Moral und nicht die geringste Neigung zu sozialem Empfinden. Gerade jene Arbeiter, die 20, 25, 30 Jahre im Betriebe sind — ich kann Ihnen die Beispiele aus der Messerindustrie, aus dem berühmten Steyrer Gebiet bringen, Herr Landeshauptmann, wo man brave, gute Arbeiter, die 35 und 40 Jahre gerobotet haben, aus den Betrieben hinausgeworfen hat. . . (*Hauser: Ich habe es nicht getan!*) Ich habe es nur erwähnt, weil der Herr Landeshauptmann sehr bewandert ist in der oberösterreichischen Geographie.

Ich habe dies hier besprochen, weil die neuen Zollsätze noch mehr Jammer und Elend über diese Arbeitslosen bringen und ihre Verbitterung noch vergrößern müssen. Dabei müssen wir die traurige Erscheinung konstatieren, daß auch jener bescheidene soziale Schutz, der durch die Arbeitslosenversicherung geschaffen wurde, durch unser Bundesministerium für soziale Verwaltung immer noch mehr gedrosselt wird, als es nach den gesetzlichen Bestimmungen notwendig wäre. Verordnungen über Verordnungen gehen an die Industriellen Bezirkskommissionen hinaus, und so wie Abbaufunktionäre für die Bundesangestellten eingesetzt wurden, so hat der Minister für soziale Verwaltung auch in den Industriellen Bezirkskommissionen Abbaubeamte eingesetzt, die eine Haß und Jagd nach den alten Arbeitern unternehmen und alle Tage ein paar zur ärztlichen Untersuchung schicken, ob sie noch arbeitsfähig sind. Und wehe, wenn der Arzt einem solchen 65 bis 70jährigen, abgerackerten und abgehärmten Mann sagt: Sie können ja nicht mehr arbeiten! Er bekommt eine Bestätigung seiner Arbeitsunfähigkeit und wird auf Grund der Bestimmung, daß nur arbeitsfähige die Arbeitslosenunterstützung beziehen können, von den Herren der Industriellen Bezirkskommission erbarmungslos abgewiesen. Hier müssen wir wieder sehen, daß gerade die Unternehmer in diesen Kommissionen mit aller Behemung dahin wirken, daß diese bescheidenen Ansprüche auf eine Existenz kein Gehör finden. Man vergönnt diesen alten Arbeitern die 150.000 K Arbeitslosenunterstützung nicht. Wir haben im vorigen Jahre diesbezüglich einen Eventualantrag eingebracht, weil Sie die Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter sabotiert und verhindert haben. Wir haben gesagt, ermöglichen Sie wenigstens diesen alten, arbeitsunfähigen Arbeitern, die infolge der Krise aufs Pflaster geworfen werden, eine bescheidene Existenz. Und jetzt wollen Sie behaupten, daß diese Existenz durch den neuen Zolltarif gehoben wird? Im Gegenteil, die Lage dieser Arbeiter wird durch diesen Zolltarif ungeheuer verschlechtert und die Folge davon wird ein Massensterben in diesem Staate sein. Ich glaube, daß die Gesetzgebung eines demokratischen Staates, der ein Fürsorgestaat für die



Gesamtheit sein soll, keine Gesetze beschließen darf, die unter der arbeitenden Klasse ein Massensterben herbeiführen.

Soweit wir heute die Situation überblicken können, trifft auch beim Kapitel der Eisenzölle Ihre Vermutung nicht zu, daß durch diesen Zolltarif die Wirtschaft und die Produktivität gehoben werden könnte. Sie wenden, wie ich mir darzulegen erlaubt habe, gerade die verkehrte Methode an: Sie glauben, man müsse, um die Wirtschaft zu heben, bei der Arbeiterschaft zu sparen beginnen, und vergessen dabei, daß der Arbeiter das wichtigste Element in diesem Staate ist und daß Sie nur durch die geistige und materielle Hebung der Arbeiterklasse auch eine Intensivierung der Arbeit erreichen können. Wir sind uns bewußt, daß Sie mit derselben Starrheit und Nüchternheit, mit der Sie alle unsere Abänderungsanträge abgelehnt haben, auch jene Anträge ablehnen werden, die wir hier in der Überzeugung gestellt haben, daß ein übermäßiger Schutz für einzelne Artikel nicht notwendig ist. Aber wir erklären hier wie bei allen übrigen Zollpositionen, daß Sie für diesen ganzen Zolltarif die Verantwortung tragen, insbesondere ihre städtischen Vertreter. Wir werden ja sehen, wie Sie das, was Sie getan haben, vor der Bevölkerung verantworten können. Ich weiß gewiß, daß Ihnen das viel leichter ist, denn Sie brauchen nicht, so wie die Sozialdemokratie, unter das Volk zu gehen, sondern Sie haben schon Ihre bestimmten Orde. (*Zwischenrufe.*) Mein lieber Nehmayr, wir kennen ja auch die Maßnahmen, mit denen Sie das durchführen. Wir sagen Ihnen daher ganz ruhig: Der Zolltarif, den Sie beschließen, ist Ihr Werk. Die Zollsätze, die Sie durch Ihre Beschlüsse geschaffen haben, verteuern die Existenz der Arbeiter. Wir haben erwartet, daß die Unternehmerschaft in Erkenntnis dessen, daß sie alles bekommt, was sie braucht, auch begreifen wird, daß sie die berechtigten Forderungen der Arbeiter anders zu behandeln hat. Aber die Unternehmerschaft hat trotzdem die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse abgelehnt. Wir haben nicht nur zu erwarten, daß unsere Wirtschaft durch die Erschwerungen getroffen wird, die dieser Zolltarif mit sich bringt, sondern wir haben schwere Wirtschaftskämpfe zu erwarten und wir müssen hier erklären: für die Wirtschaftskämpfe der Arbeiterklasse lehnen wir die Verantwortung ab. Wir haben uns gerade im Metallarbeiterverband durch 30 Jahre bemüht, große wirtschaftliche Kämpfe zu verhindern und die Reibungen zu vermindern, aber wir sind herausgefordert worden und wir erklären, daß wir diesen Kampf, wenn er uns aufgezwungen wird, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln durchzufechten vermögen. Im übrigen mögen Sie nochmals zur Kenntnis nehmen, daß die Verantwortung für die

hier beschlossenen Zollsätze auf die bürgerlichen Parteien fällt. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

**Altmann:** Hohes Haus! Ich habe nicht die Absicht gehabt, in der Spezialdebatte das Wort zu ergreifen. Da aber gestern von seiten der Opposition darüber Klage geführt wurde, daß wir sie allein reden lassen und uns an der Debatte gar nicht beteiligen, will ich Ihnen doch einige kurze Ausführungen zu Gehör bringen. Es haben oppositionelle Redner von uns verlangt, daß wir die im Laufe der Debatte von ihnen vorgebrachten Angriffe widerlegen, und wenn schon das nicht, so uns doch bequemen sollen, die von der Mehrheit festgelegten Positionen zu verteidigen. Dazu habe ich folgendes zu sagen.

Wir haben uns bei der 1. Lesung auf unsere Haltung in allen Phasen dieser Gesetzgebung festgelegt und wir wollen es selbstverständlich grundsätzlich vermeiden, Eiertänze aufzuführen und unsere Meinung bei jeder Position zu ändern. Dazu haben wir keine Veranlassung. Wenn gesagt wurde, daß wir nicht sprechen, ist auch das nicht richtig. Unsere Redner haben den bei der 1. Lesung festgelegten Grundsatz in der Generaldebatte wiederholt und, wo es notwendig war, haben einzelne Redner auch in der Spezialdebatte das Wort ergriffen, um verschiedene Wünsche auch bei dieser Gelegenheit noch vorzubringen. Wir sind der Meinung, daß im Zollausschuß, bei den Enqueten und bei den Sonderberatungen reichlich viel gesprochen wurde und daß es jetzt wohl unnütz und ganz überflüssige Zeitverschwendung bedeutete, wenn wir jetzt wieder das lange und breite all das, was in diesem Ausschuß zur Sprache kam, hier wiederholen und wiederkauen würden. Wenn der Herr Abg. Forstner gemeint hat, daß die breite Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, zu erfahren, wie ein solches Gesetz zustande kommt, ist das richtig. Aber gerade bei dieser Gesetzgebung haben die Zeitungen mit einer anerkennenswerten Ausführlichkeit die Berichte über die Beratungen im Ausschusse gebracht, es konnte sich also jeder über den Werdegang dieses Gesetzes orientieren und sich die richtige Meinung bilden.

Wenn ich früher betont habe, daß wir keine Zeit mehr verlieren wollen, so ist das auch dadurch begründet, daß wir der Ansicht sind, daß die Verschleppung der Gesetzgebung um vier bis fünf Wochen nicht nur überflüssig, sondern im höchsten Grade schädlich war, denn in diesen vier bis fünf Wochen sind Betriebe stillgelegt worden, die bei rechtzeitiger Erstellung des Zolltarifs nicht hätten geschlossen werden müssen. Es haben auch Saisonbetriebe einen uneinbringlichen Schaden erlitten, weil bekanntermaßen Ende Juli, August und Anfang September für diese Saisonbetriebe die Bestellungen einlaufen und man zu dieser Zeit über das Schicksal des Zolltarifs noch immer im ungewissen und



unklaren war. Das ist ein Schaden, der uneinbringlich ist und der selbstverständlich nicht auf das Konto der Mehrheit gesetzt werden darf.

Wenn weiter darüber Klage geführt wurde, daß wir die Minderheitsanträge der Opposition grundsätzlich ablehnen, so ist das eine Selbstverständlichkeit. Die einzelnen Zollpositionen sind ja, wie ich betont habe, auf Grund von langwierigen Verhandlungen zustande gekommen, es sind Enquêtes veranstaltet worden, es sind Fachleute zu Worte gekommen, es ist alles berücksichtigt worden, was nur menschenmöglich war. Diese Zollsätze stellen also ohnedies schon ein Kompromiß dar. Es ist wohl selbstverständlich, daß die Mehrheit, die sich auf diese Kompromißzollpositionen festgelegt hat, davon jetzt nicht abgehen kann und die Minderheitsanträge ablehnen muß. Wenn heute die „Arbeiter-Zeitung“ beispielsweise schreibt, daß die Mehrheit zu einer Maschine heruntergesunken ist, indem sie für die Ausschüßanträge sich erhebt und die Minderheitsanträge ablehnt, so ist das nach dem Vorhergesagten selbstverständlich richtig.

Im übrigen möchte ich denn doch darauf hinweisen, daß, soweit man über die Stimmung der Bevölkerung unterrichtet ist, diese das ewige langatmige und nutzlose Reden endlich satt hat. Die Bevölkerung will Taten von uns. Und ich meine schon, daß der Zolltarif als eine solche Tat und mit Rücksicht auf seine ungeheure Bedeutung als eine Großtat gewertet werden muß. *(Zwischenrufe.)* Ich will mich nicht darauf einlassen, die Ausführungen der einzelnen Redner zu wiederholen, ich will mich auch nicht auf Verteidigungen einlassen, da es wirklich um jede Minute schade ist, die hier vertrödelte werden soll.

Eines möchte ich Ihnen aber doch noch sagen, weil ein Redner die großdeutsche Volkspartei namentlich apostrophiert hat. Es ist eigentlich auch nur eine Wiederholung und es wäre, wenn Sie nicht die Frage angeschnitten hätten, überflüssig, es hier wieder abzuhaspeln. Die großdeutsche Volkspartei ist programmatisch auf den Freihandel festgelegt. Sie ist keine Anhängerin der Schutzzollpolitik, aber solange uns das gesamte Ausland und insbesondere die Nachfolgestaaten durch ihre Verordnungen, durch ihre Einfuhrverbote, durch ihre unübersteigbaren Zollmauern den Export unmöglich machen, ist es wohl selbstverständlich, daß wir von einem Freihandel, der übrigens nur ein anzustrebendes Ideal ist, nicht Gebrauch machen können, sondern unter dem Zwang dieser Wirtschaftsverhältnisse die Schutzzollpolitik in diesem Ausmaße mitmachen müssen. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß wir diesen Zustand verewigen wollen. Im Gegenteil: wenn sich die Verhältnisse ändern, wenn die Zollmauern im Auslande abgetragen werden, wenn die Einfuhrverbote teilweise oder ganz

verschwinden, dann wird selbstverständlich auch für uns der Moment gekommen sein, wo wir die einzelnen Bestimmungen des Zolltarifs einer Revision unterziehen werden.

Es wurde immer der Schwarzenbergplatz erwähnt und gesagt: Die Industrie ist die Hauptnugnießerin des Zolltarifs. Nun, das ist in gewissem Sinne richtig. Eine der Hauptinteressentinnen an dem Zolltarif ist die Industrie, aber nicht in dem Sinne, wie Sie es auffassen. Die Industrie besteht aus einer verschwindenden Anzahl von Unternehmern und in der Hauptmasse aus Arbeitern. Wenn heute gesagt wird, der Zolltarif ist für die Industrie oder zum größten Teil in ihrem Interesse gemacht worden, so haben die Vorteile davon in überwiegendem Maße die Arbeiter, die daran interessiert sind, daß die Produktionsstätten erhalten werden, daß Verdienstmöglichkeiten nicht nur bestehen, sondern auch weiterhin erhalten bleiben. Es ist daher bewußt irreführend, wenn Sie bei der Industrie immer nur von den Unternehmern sprechen, die, wie ich betone und unterstreiche, nur den allergeringsten Teil in der Industrie ausmachen. Der Zolltarif soll in seinen Auswirkungen vornehmlich der industriellen Arbeiterschaft zugute kommen, denen die Arbeitsstätten nach menschlicher Voraussicht gesichert werden.

Ich will mich auf weitere Einzelheiten nicht einlassen. Ich möchte mir nur zu dem in Verhandlung stehenden Kapitel einen Antrag zu stellen erlauben, der eigentlich nur einen Schönheitsfehler richtigstellt. Es ist Ihnen bekannt, daß sich bei uns, vornehmlich in Wien, ein neuer Erwerbszweig aufgetan hat. Die Armbanduhren sind ein Modeartikel geworden. Kleinere Gewerbetreibende haben sich mit ihrer Erzeugung befaßt. Es ist natürlich keine große Industrie, sondern das sind kleine Leute, die einige hundert Arbeiter beschäftigen. Wenn auch in den Erläuterungen zum Zolltarif gesagt wird, daß die Armbanduhren den gleichen Schutz genießen, wie Taschenuhren und sonstige Erzeugnisse auf diesem Gebiete, so muß es doch meiner Ansicht nach immerhin auch im Zolltarif aufscheinen, denn die Leute draußen haben den Tarif, aber nicht die Erläuterungen. Infolgedessen erlaube ich mir im Einvernehmen mit dem Herrn Generalberichterstatter den Antrag zu stellen, daß bei Tarifklasse XL, Positionen 489 bis 492, Seite 70, die Textierung nach „Taschenuhren“ durch den Zusatz zu ergänzen ist: „und Uhren für Armbänder u. dgl.“ Ich meine, daß alle Parteien dieses Hauses diesem Antrage zustimmen können und bitte um Annahme desselben. *(Beifall.)*

Ein genügend unterstützter Antrag Klimann, Graiser, Dr. Hampel:

In den Positionen 489 bis 492 ist nach „Taschenuhren“ einzuschalten: „und Uhren für Armbänder u. dgl.“ wird zur Verhandlung gestellt.



**Berichterstatter Heisl:** Hohes Haus! Es kommen jetzt die Minderheitsberichte Nr. 46, 47 und 48 zur Abstimmung und ich bitte um Ablehnung dieser Anträge.

Was den Antrag des Kollegen Dr. Weidenhoffer wegen der geschweißten Rohre betrifft, so liegt hier eine Parteienvereinbarung vor und ich bitte um Annahme dieses Antrages. Der Antrag des Abg. Klimann will eine Position aus den Erläuterungen herausheben und zu den Positionen in den Zolltarif hineinnehmen. Ich empfehle die Annahme dieses Antrages.

Schließlich bitte ich folgende Druckfehler richtigzustellen: auf Seite 50 hat es in der Überschrift zur Klasse „Eisen usw.“ statt „XXXV“ zu heißen „XXXIV“; auf Seite 51 in der Anmerkung zu Position 371a statt „Schirmschienen“ „Schirmschienen“; auf Seite 51 ist in Position 376, Zeile 2, nach dem Worte „Gewinden“ der Beistrich zu streichen; auf Seite 53 ist in Position 390a, 2, das letzte Wort „Vochweite“ auszudrücken; auf Seite 67 hat es bei Position 466 und 468 im Eingange der Anmerkung statt „zu Nrn.“ zu heißen „zu den Nrn.“.

Bei der Abstimmung werden die Tarifklassen XXXIV bis XL (Position 365 bis 495) nach den Anträgen des Ausschusses mit den vom Berichterstatter mitgeteilten Berichtigungen und den Anträgen Klimann zu Position 489 bis 492 „Uhren“ und Dr. Weidenhoffer zu Position 377, „Röhren und Platten usw.“ angenommen. Die Minderheitsanträge 46 bis 48 werden abgelehnt.

Es wird in die Spezialdebatte über Gruppe 7, Tarifklassen XLIV und XLV, eingetreten.

**Berichterstatter Heisl:** Hohes Haus! Es sind zu dieser Gruppe keinerlei Abänderungsanträge gestellt, ich bitte daher das hohe Haus um Annahme derselben.

Bei der Abstimmung werden die Tarifklassen XLIV und XLV (Position 548 bis 553) nach den Anträgen des Ausschusses angenommen.

Es wird in die Spezialdebatte über die 8. Gruppe (Tarifklasse XLVI, Allgemeine Anmerkungen zum Zolltarif und Zolltarifgesetz) eingetreten.

**Berichterstatter Heisl:** Soweit das Zolltarifgesetz in Frage kommt, wurden hier im wesentlichen folgende Änderungen beschlossen: Zwischen den §§ 2 und 3 der Regierungsvorlage werden zwei neue Paragraphen aufgenommen, von denen der eine die bereits im Berichte dargestellten Bestimmungen über die gleitenden Zölle enthält, während der andere eine Schutzbestimmung gegenüber denjenigen Staaten vorsieht, welche direkte oder indirekte Ausfuhrprämien gewähren, sowie gegenüber Staaten, die das Washingtoner Übereinkommen vom Jahre 1919 über die Festsetzung der Arbeitszeit nicht ratifiziert haben und deren geltende Arbeitszeitregelung

wesentlich hinter den Bestimmungen dieses Übereinkommens zurückbleibt.

Ich bitte im übrigen um Annahme des vorgeschlagenen Gesetzestextes.

Schließlich bitte ich, folgende Druckfehler richtigzustellen: auf Seite 81 ist in den allgemeinen Anmerkungen 1b, Zeile 7, nach dem Worte „Nickel“ ein Beistrich zu setzen; im Texte des Zolltarifgesetzes ist im § 4, Zeile 7, nach dem Worte „Staaten“ ein Beistrich zu setzen, in Zeile 9 hat es statt „geltenden“ zu heißen „geltende“.

Bei der Abstimmung werden die Tarifklasse XLVI, die allgemeinen Anmerkungen und das Zolltarifgesetz nach dem Antrage des Ausschusses mit den vom Berichterstatter mitgeteilten Richtigstellungen angenommen.

Das Zolltarifgesetz wird hierauf bei über Antrag Sever namentlich vorgenommener Abstimmung mit 75 gegen 55 Stimmen in 3. Lesung angenommen.

Mit „Ja“ stimmten: Aigner, Angerer, Bauer Franz, Binder, Birbaumer, Brunnich, Buresch, Burgstaller, Dersch, Dinghofer, Drexel, Eisenhut, Ertl, Fink, Fördermayr, Frank, Gangl, Geisler, Gimpl, Grailer, Gürtler Johann, Hampel, Hauser, Heigl, Heisl, Heisinger, Heuberger, Höchtl, Hollersbacher, Illmer, Jerzabek, Kelmayer, Klimann, Klug, Kollmann, Krobeth, Kunschak, Lampl, Lieschnegg, Littenberger, Maier Anton, Marschläger, Mayr Otto, Niedrist, Odehnal, Delzelt, Parrer, Partik, Paulitsch, Pichler, Pirchegger, Reiner, Scharfegger, Schein, Schmitz, Schoepfer, Schönsteiner, Schürff, Schumacher, Spalowsky, Stempfer, Stöckler, Streeruwitz, Tenzl, Unterberger, Vaugoin, Volker, Waber, Walß, Weidenhoffer, Wense, Wiesmaier, Wollek, Zarboch, Zehetgruber;

mit „Nein“ stimmten: Abram, Bauer Otto, Baumgärtel, Bosche, Bretschneider, Danneberg, Deutsch, Ebner, Eldersch, Ellenbogen, Falle, Forstner, Gabriel, Glöckel, Gröger, Hammerstorfer, Hareter, Hartmann, Herrmann, Hölzl, Hueber, Lenz, Leuthner, Mayrhofer, Morawitz, Muchitsch, Müller, Pif, Pölzer, Probst, Raufsch, Richter, Rieger, Sailer, Scheibin, Schiegl, Schneidmadl, Schönbauer, Schulz, Seidel, Seitz, Sever, Skaret, Smitska, Stika, Strunz, Tomschik, Tusch, Volkert, Weiser, Witternigg, Wihany, Zelenka, Zwanzger, Zwenf.

Der nächste Gegenstand der T. D. ist der Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, über die Regierungsvorlage (B. 172), betr. das Bundesverfassungsgesetz über die Regelung der Handels- und Verkehrsbeziehungen mit auswärtigen Staaten. (B. 197.)

**Berichterstatter Streeruwitz:** Hohes Haus! Die schwere Produktionskrise, in der wir uns befinden,



läßt es zweckmäßig erscheinen, die Handelsverträge, welche sich ihrem Abschlusse nähern, ehestmöglich der Annahme und Wirksamkeit zuzuführen. Infolgedessen wird von Seiten der Bundesregierung ein Gesetzesentwurf vorgelegt, welcher eine Ermächtigung beinhaltet, die Handelsverträge provisorisch anzunehmen und auf diese Weise ihre Inkraftsetzung zu ermöglichen.

**Dr. Ellenbogen:** Hohes Haus! Während der Beratung des Zolltarifs und des Zollgesetzes haben wir Sozialdemokraten wiederholt unsere prinzipielle Stellungnahme zu dieser Materie dahin kundgegeben, daß sie durch unsere Erkenntnis bestimmt ist, daß Handelsverträge für das Gedeihen unserer Wirtschaft unerlässlich sind. Insbesondere ist Österreich nach unserer Überzeugung daran interessiert, daß mit denjenigen Staaten, die das wichtigste Absatzgebiet für uns bedeuten und mit denen daher die innigsten Handelsbeziehungen bestehen — das ist die Tschechoslowakei und Deutschland —, so rasch als möglich ein geregelter Handelsvertragszustand hergestellt wird. Wir sind daran vornehmlich aus dem Grunde interessiert, weil wir erstens wünschen, daß der Export, auf den wir ja bekanntlich in höchstem Grade angewiesen sind, geregelte Formen annehme und die Schwierigkeiten und Hindernisse, die ihm im Wege stehen, so rasch als möglich beseitigen werden, zweitens aber aus dem wiederholt während der Verhandlungen kundgegebenen Grunde, weil durch das Inkrafttreten der Handelsverträge die Zolltarispositionen, wie sie jetzt im autonomen Tarif beschlossen wurden, weiter herabgesetzt werden und die Gefährdung und Erschwerung der Lebenshaltung der breiten Massen dadurch doch wiederum erleichtert wird. Es ist also sowohl ein Produzenten- als ein Konsumenteninteresse, das uns bei dieser Beratung leitet, und aus diesem prinzipiellen Grunde haben wir uns entschlossen, auch für dieses Ermächtigungsgesetz zu stimmen, so ernste Bedenken wir im allgemeinen gegen solche Ermächtigungen haben. Unser Entschluß ist uns allerdings dadurch erleichtert worden, daß die Ermächtigung zunächst nur bis

31. Dezember d. J. geht und daß es sich nur um bestimmte Handelsverträge handelt, die in diesem Zeitraum erledigt werden sollen. Trotzdem müssen wir erklären, daß uns auch mit dieser Einschränkung der vorliegende Text des Bundesverfassungsgesetzes zu weit zu gehen scheint, und darum erlaube ich mir im Namen meiner Parteigenossen folgenden Antrag zu stellen:

„Im Artikel I, Absatz 1, zweite Zeile, sind nach dem Worte „ermächtigt“ die Worte einzuschalten: „mit Zustimmung des Hauptausschusses“.“

Wir sind von der gegenwärtigen Regierung in bezug auf Loyalität des Verhaltens nicht gerade verwöhnt und meinen, daß eine solche Vollmacht, die ja doch einiges bedeutet, doch noch insofern eingeschränkt werden müsse, als der Hauptausschuß um seine Zustimmung befragt werden muß. (Ruf: *Es wurde auch eine Streichung beantragt!*) Das hat ja der Herr Referent bereits mitgeteilt. Wir haben gegen diese Streichung nichts einzuwenden. Ich ersuche Sie nochmals, das Gesetz mit diesem Zusatz anzunehmen. (Beifall.)

Der genügend unterstützte Antrag Dr. Ellenbogen wird zur Verhandlung gestellt.

**Berichterstatter Streeruwitz:** Ich empfehle auf Grund der Parteienvereinbarungen den Antrag des Herrn Abg. Dr. Ellenbogen zur Annahme. Ich beantrage gleichzeitig, Alinea 2 des Artikels I zu streichen.

Das Bundesverfassungsgesetz wird bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder des Nationalrates mit dem Antrage Dr. Ellenbogen zu Artikel I und dem Antrage des Berichterstatters auf Streichung des Artikels I, Alinea 2, mit Zweidrittelmehrheit in 2. u. 3. Lesung angenommen.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen werden.

Schluß der Sitzung: 1 Uhr mittags